

Regierungsratsbeschluss

vom 24. September 2013

Nr. 2013/1815

**Vernehmlassung zur Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) als indirekter
Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente
Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“
Schreiben an das Bundesamt für Umwelt, Bern**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 26. Juni 2013 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur geplanten Revision des Umweltschutzgesetzes. Die Vorlage ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“. Die Vorlage will geeignete Rahmenbedingungen in der Umweltschutzgesetzgebung verankern, um den Konsum ökologischer zu gestalten, Stoffkreisläufe zu schliessen und um Informationen zur Ressourceneffizienz bereitzustellen. Die Wirkung dieser Massnahmen soll zudem durch die Förderung von freiwilligen Initiativen im Austausch mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gestärkt werden.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement und das Amt für Umwelt zur vorgeschlagenen Revision geäussert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 24. September 2013

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (HPB, mh) (2)
Amt für Verkehr und Tiefbau
Hochbauamt
Volkswirtschaftsdepartement
Departement des Innern
Ratsleitung (8)
Medien (jae)